



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 -184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 – 77088

stephan.eisel@bundestag.de

März 2009

Zur Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Etwa 14 Millionen Deutsche wurden in den Jahren von 1944 – 1950 aus ihrer Heimat in den früheren deutschen Ostgebieten vertrieben oder flohen vor der vorrückenden Roten Armee. Wie ihres Schicksals gedacht werden soll, beschäftigt seit Jahren die innerdeutsche Debatte und ist auch ein Dauerthema im Verhältnis zwischen Deutschland und seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarn.

In meiner Arbeit im Deutschen Bundestag bin ich damit in besonderer Weise befasst: Als Mitglied im Kulturausschuss arbeite ich mit am Konzept einer sinnvollen Aufarbeitung des Themas. Im Europaausschuss kümmere ich mich als Berichterstatter meiner Fraktion um die deutsch-polnischen Beziehungen.

Flucht und Vertreibung waren Bestandteil und Folge des 2. Weltkrieges. Es gilt zugleich das Wort von Roman Herzog: „Kein Unrecht, und mag es noch so groß gewesen sein, rechtfertigt anderes Unrecht. Verbrechen sind auch dann Verbrechen, wenn ihm andere Verbrechen vorausgegangen sind.“

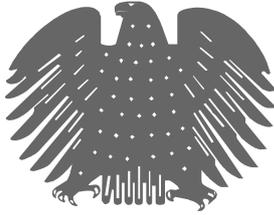
Die Integration der Heimatvertriebenen gehört zu den großen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Voraussetzung dafür war die schon am 5. August 1950 verabschiedete Stuttgarter Charta der Heimatvertriebenen. Darin heißt es:

- ***Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.***
- ***Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europa gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.***
- ***Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.***

Es war richtig und legitim, dass Erika Steinbach (CDU) und Peter Glotz (SPD) im Jahr 2000 als gemeinsame Vorsitzende eine Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ gegründet haben, um in Berlin ein Dokumentationszentrum über die Vertreibungen des 20. Jahrhunderts in Europa zu verwirklichen. Dieses Projekt findet sich 2005 als sog. „Sichtbares Zeichen“ in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD.

Im Herbst 2008 hat der Bundestag ein Gesetz beschlossen, mit dem das Vorhaben in Form einer unselbstständigen Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ beim Deutschen Historischen Museum realisiert wird. Im Gesetz, das mit Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Linkspartei bei Enthaltung der Grünen verabschiedet wurde, heißt es:

„Zweck der unselbstständigen Stiftung ist es, im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten.“



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 – 77088
stephan.eisel@bundestag.de

März 2009

Das Gesetz sieht einen Stiftungsrat aus 13 Mitgliedern vor, der „über die grundsätzlichen Angelegenheiten der Stiftung“ entscheidet. Benannt werden sollen

- zwei Mitglieder durch den Deutschen Bundestag,
- je ein Mitglied durch das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern und die Beauftragte oder den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien
- drei Mitglieder durch den Bund der Vertriebenen e. V.,
- je ein Mitglied durch die Evangelische Kirche in Deutschland, die Katholische Kirche in Deutschland und den Zentralrat der Juden in Deutschland.“

Die benannten Mitglieder werden durch die Bundesregierung für fünf Jahre bestellt.

Streit ist darum entstanden, ob die Bundesregierung die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, berufen solle, wenn sie von ihrem Verband vorgeschlagen wird. Die SPD – besonders lautstark SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und SPD-Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan - hat dies ausdrücklich abgelehnt und damit einen Kabinettsbeschluss unmöglich gemacht.

Der Bund der Vertriebenen hat deshalb beschlossen, man wolle „nicht der billige Vorwand dafür sein, das Stiftungsgesetz nicht in die Tat umzusetzen und so die Stiftung auf den letzten Metern noch zu verhindern. Nichts würde den Gegnern des Projektes mehr Freude bereiten. `Wir wollen die nicht durch uns verursachte Blockade auflösen` ist die deutliche Botschaft des BdV. Aus diesem Grunde und nur aus diesem Grunde hat das Präsidium des BdV das Angebot seiner Präsidentin angenommen, sie vorläufig nicht für den Stiftungsrat zu benennen.“

Auch Vertreter der polnischen Regierung hatten sich gegen eine Berufung von Frau Steinbach ausgesprochen.

Frau Steinbach wurde sowohl von der SPD als auch von manchen Stimmen aus Polen in einer völlig inakzeptable Weise persönlich verunglimpft. Diese Vorwürfe sind von CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Bundeskanzlerin und vom Bundestagspräsidenten öffentlich und in deutlicher Form zurückgewiesen worden. Auch bei meinen eigenen Gesprächen in Polen habe ich immer wieder deutlich gemacht, dass sowohl die Angriffe gegen Erika Steinbach als auch die Fixierung auf ihre Person dem Thema nicht gerecht werden.

Unsere polnischen Freunde sollten akzeptieren, dass es um eine Entscheidung geht, die wir Deutsche zu treffen haben. Zugleich ist es unsere Aufgabe, auch in Polen besser über unser Vorhaben zu informieren.

Die Polen haben viel gelitten unter den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts, sowohl unter dem Nationalsozialismus als auch unter dem Kommunismus. Der Hitler-Stalin-Pakt ist dafür ein Fanal. Zugleich haben sie mit der Gründung von Solidarnosc vor 30 Jahren die Freiheitsbewegung angestoßen, ohne die vor 20 Jahren auch die Mauer nicht gefallen wäre. Heute sind Deutsche und Polen in Freiheit und einem gemeinsamen Europa verbunden. Die vom Bundestag beschlossene Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ entspricht dem, was die polnischen katholischen Bischöfe schon 1965 an ihre deutschen Amtsbrüder geschrieben haben: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Auch 70 Jahre nach Ausbruch des 2. Weltkrieges bleibt dies ein guter Leitspruch für die deutsch-polnischen Beziehungen.